

Kommt der liberale Imperialismus?

"Die Globalisierung verändern, damit sie humaner wird"

Von SERGIO FERRARI*

Das Scheitern des dominierenden neoliberalen Modells, "dessen Resultate erbärmlich ausfallen", ist eine Tatsache. Dies ist eines der zentralen Themen im soeben erschienenen Buch von Peter Niggli, dem Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke - einer Plattform, welche die wichtigsten Schweizer Hilfswerke vereinigt. Das unter dem Titel "Nach der Globalisierung. Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert" erschienene Werk ist die Frucht eines langen kollektiven Denkprozesses. Es fasst das Unbehagen eines Grossteils der europäischen Zivilgesellschaft in Worte und hat im konservativen Schweizer Umfeld Sprengkraft, obwohl im Buch kein Ersatz des heutigen Systems propagiert wird. Kritisiert wird hingegen der von den Eliten propagierte "liberale Imperialismus". Das Buch schlägt gangbare Lösungen für einen Kurswechsel vor.

DER LIBERALE IMPERIALISMUS

Einer der zentralen Punkte Ihres Buchs ist die Kritik an der Strategie der Machthaber in der Welt nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Können Sie dies näher erläutern?

Seit dem 11. September stellt man bei den Eliten in den Industrieländern eine weit verbreitete Haltung fest: Sie fühlen sich bedroht, umzingelt von Feinden, deren Beweggründe nicht rationell und deshalb unverständlich seien. In ihren Augen herrscht in den Randgebieten der Welt ein immer grösseres Chaos, welches normale Mittel wie die Diplomatie, Verhandlungen oder die internationale Zusammenarbeit nicht mehr eindämmen können. Unsere Eliten gehen davon aus, dass "die Wiederherstellung der Ordnung" die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre sei. In diesem Kontext führen die USA - und mit ihnen die angelsächsischen Länder - eine Debatte über die Notwendigkeit eines neuen, sogenannten "liberalen" Imperialismus, der die Freiheit, die Demokratie und die Menschenrechte respektieren soll. Ein solcher Imperialismus würde in den Regionen zur Anwendung kommen, in denen die Staaten vom Zerfall bedroht sind - wie Somalia, Sierra Leone und Liberia. Diese schwachen oder verfallenen Staaten gelten als potenzielle Basis für islamische Terrororganisationen.

Das unterscheidet sich kaum von dem, was zahlreiche Länder der "Dritten Welt" im Lauf der letzten Jahrzehnte erleiden mussten....

In der Tat. Nach dem 11. September erklärten die Bush-Regierung und ihre Verbündeten in Europa, dass die Terroristen die Demokratie, die Freiheit und die Emanzipation der Frauen - kurz "unsere Zivilisation" - bekämpften. Man wollte nicht eingestehen, dass die Aktion von Al-Kaida eine Reaktion auf politische und militärische Interventionen der USA darstellen könnte. Aber die Sympathie, von der die islamistischen Gruppen in den islamischen Ländern profitieren, bleibt unverstündlich - ohne die verbreiteten anti-kolonialistischen und anti-imperialistischen Gefühle mitberücksichtigen. In dieser Situation auf einen "Imperialismus" zurückgreifen zu wollen, ist paradox, selbst wenn er sich von demjenigen früherer Epochen durch seinen liberalen und "befreienden" Charakter unterscheiden soll. Die lange Geschichte der Eroberung der Welt durch die europäischen Staaten ist möglicherweise aus unserer Erinnerung entfernt, aber nicht aus der Erinnerung der Völker der drei Kontinente, die dieser Eroberung unterworfen worden sind.

DIE KRISE DER ENTWICKLUNG

Verlassen wir die weltweite Dimension und kommen wir zu dem, was konkret seitens der Schweizer und der europäischen Hilfswerke passiert. In einem gewissen Sinn zeigt Ihre Überlegung die Grenzen des Entwicklungskonzeptes auf. Ist dem so?

Das Buch, das wir heute vorstellen, spricht dieses Thema nicht wirklich an. "Entwicklung" ist ein Konzept, das die amerikanische Regierung Ende der 40er-Jahre erarbeitet hat. Es beinhaltete das Versprechen, den damaligen europäischen Kolonien bei der Befreiung zu helfen, und sie danach zu unterstützen, wirtschaftlich möglichst rasch das Niveau der Industrieländer „einzuholen“. Natürlich musste die Entwicklungspolitik gleichzeitig dazu dienen, Afrika, Asien und Lateinamerika gegen den Kommunismus zu immunisieren - der Mitte des 20. Jahrhundert als attraktives Modell einer raschen, nachholenden Industrialisierung galt. Es gibt eine umfangreiche Debatte zur Tatsache, dass diese Art der Entwicklung die traditionellen Ökonomien der südlichen Länder zerstört und die Misere erst hervorgebracht hat, die man eigentlich bekämpfen wollte. Sogar, wenn „Entwicklung“ wirklich so abgelaufen ist, gibt es aber kaum eine Möglichkeit mehr, dies rückgängig zu machen. Nach 50 Jahren "Entwicklung" ist die traditionelle Wirtschaft, insbesondere in der Landwirtschaft, überall nachhaltig gestört oder ganz zerstört. Und die Städte wachsen Tag für Tag, bieten aber denjenigen, die sie bewohnen, nur wenig Chancen. Aus dieser Situation herauszukommen, verlangt eine Stärkung, beziehungsweise „Modernisierung“ der Reste der Subsistenzwirtschaft und eine Fortsetzung der Industrialisierung des Landes.

Nun stellen wir aber fest, dass die wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien der 60er- und 70er-Jahre in Lateinamerika - und weniger ausgeprägt in Afrika - zu besseren Resultaten führten als die Politik, die die Weltbank und der Internationale Währungsfonds vielen Entwicklungsländern nach der grossen Schuldenkrise von 1982 aufdrängten. Diese Strategien waren auf die Entwicklung eines Binnenmarktes ausgerichtet. Nach 1982 wurden die verschuldeten Länder von den internationalen Finanzinstitutionen dazu verpflichtet, ihre Märkte zu öffnen und sich forciert in den Welt-

markt zu integrieren. Resultat: eine Stagnation in Lateinamerika und eine deutliche Verschlechterung der Wirtschaft in Afrika. In den 20 vergangenen Jahren haben nur die Länder gewonnen, die nach 1982 eine heterodoxe Wirtschaftsstrategie mit starker Staatsintervention verfolgen konnten. Dabei handelt es sich um Südkorea und Taiwan, beide heute Industrieländer, sowie um China, Indien und einige Staaten in Südostasien.

Paradoxerweise nennt die Weltbank heute - wenn sie Beispiele einer gelungenen Entwicklung zitiert - just diese Staaten, welche den neoliberalen Politiken nie gefolgt sind. Die Weltbank hat demgegenüber Mühe, erfolgreiche Beispiele unter den Ländern zu finden, die ihre Kunden sind und die die Empfehlungen der Bank buchstabengetreu umsetzen müssen.

DIE RICHTUNGSDEBATTE

Wie entstand unter den Hilfswerken die kritische Auseinandersetzung, die sich im Buch niederschlug? [Meine Anregung]

Unsere Hilfswerke arbeiten mit sehr unterschiedlichen Partnern im Süden zusammen: Basisorganisationen, Massenbewegungen, kleine Gemeinschaften usw. Wenn Fragen der internationalen Politik angesprochen werden, sind die Hilfswerke oft mit Sichtweisen ihrer Partner konfrontiert, die sich sehr von den eigenen Sichtweisen und denjenigen, die in der Schweiz vorherrschen, unterscheiden. Es war deshalb nötig geworden, sich mit der Weltsicht der Partner intensiver auseinanderzusetzen. Die Finanzkrise in Asien von 1997/98, das Debakel der Ministerkonferenz der Welt Handelsorganisation (WTO) in Seattle und die Geburt der globalisierungskritischen Bewegung haben diese Debatte in unseren Organisationen intensiviert. Eine umfassende Reflexion stand an: Welche Richtung soll die Entwicklungspolitik einschlagen? Welche Veränderungen wollen wir?

Unsere Vorschläge sind nicht besonders radikal. Hinter uns liegen 25 Jahre globaler Neoliberalismus mit enttäuschenden Ergebnissen: schlecht für die Mehrheit der Menschen im Süden, ausgezeichnet für eine kleine Minderheit in der Welt, wenig versprechend für breite Schichten in den Industrienationen.... Deshalb sind wir überzeugt, dass die Art und Weise der Regulierung der kapitalistischen Wirtschaft geändert . und der erzwungenen Integration in den Weltmarkt, die im Zentrum der neoliberalen Politik steht, ein Ende gesetzt werden muss. Wir plädieren für eine Re-Regulierung der globalen Finanzmärkte. Wir schlagen vor, die Regeln des internationalen Handels zu ändern und den Nationalstaaten wieder mehr Kompetenzen in der Gestaltung der Wirtschaftspolitik zu geben. Wir unterstützen die Begehren der Entwicklungsländer in den UNO-Organisationen nach einem grösseren wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum. Übrigens werden sich ohne eine "Re-Nationalisierung" der Wirtschaftspolitik grundlegende Fragen zusehends demokratischen Entscheidungsprozessen entziehen. Und solche werden auf absehbare Zeit nur im Rahmen von Nationalstaaten funktionieren.

Einige werden uns vorwerfen, dass wir in unseren Überlegungen zu wenig weit gehen. Indem wir vorschlagen, das Regulationsregime der Weltwirtschaft zu ändern, peilen wir keinen Ersatz des "kapitalistischen Systems" an. Aber: Die konkreten Vor-

schläge und die internationalen Kampagnen der globalisierungskritischen Bewegung gehen in die gleiche Richtung.

Zählen Sie sich zur globalisierungskritischen Bewegung?

Unsere Organisationen stehen aufgrund ihres Auftrags der Bewegung nahe. Wir nehmen am Weltsozialforum und an vielen internationalen Kampagnen teil, die mit der Bewegung verbunden sind.

Wie, denken Sie, wird diese Analyse zum Zustand der Welt und der Nord-Süd-Beziehungen bei den Entscheidungsträgern der Schweizer Politik aufgenommen, insbesondere beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco)? Könnte sie von der Rechten nicht als eine Art "Kriegserklärung" seitens der NGO aufgefasst werden?

Wir haben keinen Krieg erklärt. Wir tragen zu einer politischen Debatte bei, die international und in verschiedenen Ländern geführt wird. Niemand kann die Legitimationskrise leugnen, in welche Institutionen wie die Weltbank, den IWF oder die WTO nach der Asienkrise und dem Ende der "New Economy" (die nie wirklich neu war) geraten sind.

In der Schweiz bringen selbst konservative Kreise wie die Bauern oder bürgerliche Parteien wie die CVP ein Unbehagen gegenüber der neoliberalen Politik zum Ausdruck. Was den "liberalen Imperialismus" betrifft, sehe ich in der Schweiz keine einzige Kraft, welche sich dafür stark machen würde. Der nationale Konsens geht dahin, das internationale Recht zu verstärken und die Abenteuer der Grossmachtpolitik zurückzuweisen. Die Debatte ist somit offen.

Zum Schluss: was halten Sie vom Slogan: "eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz"?

Alles hängt davon ab, wie man diesen Ausdruck definiert. Wenn man das Regime der kapitalistischen Wirtschaft, wenn man der erzwungenen Integration in den Weltmarkt ein Ende setzt, wenn man den Staaten einen grösseren Handlungsspielraum in ihrer Wirtschaftspolitik gibt - dann könnte man, so glaube ich, von einer Globalisierung "mit menschlichem Antlitz" sprechen.

****Übersetzung: Theodora Peter
Pressedienst UNITE***

(Kasten)

Schweizer NGO : neue Vorschläge

Zwei grosse Plattformen vereinen zahlreiche wichtige Schweizer NGO, die im Entwicklungsbereich arbeiten. UNITÉ setzt sich aus rund 30 Organisationen zusammen, deren Markenzeichen der Austausch von Freiwilligen mit Ländern des Südens ist. Für die betreffenden Organisationen sind weltweit gegen 200 Personen im Einsatz, insbesondere in Lateinamerika und in Afrika.

Die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke vereinigt ihrerseits sechs der grössten Entwicklungsorganisationen, die hauptsächlich in der Projektarbeit tätig sind. Die beiden Plattformen haben etwas gemeinsam: ein wachsendes Bemühen um Kohärenz mit ihren Partnern im Süden. Dieses Engagement liegt einer Studie zugrunde, die UNITÉ vor einem Jahr durchgeführt hat und liegt auch der Publikation von Peter Niggli "Nach der Globalisierung. Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert" zugrunde.

Im ersten Teil des Werks beleuchtet der Autor die Situation in der Welt und die neuen Herausforderungen, die sich für die Entwicklungszusammenarbeit stellen. Der zweite Teil stellt die entwicklungspolitischen Leitlinien der Arbeitsgemeinschaft dar. Dieser Aktionsplan wie auch das Grundsatzpapier zur Strategie der Arbeitsgemeinschaft wurden im vergangenen Juni von der Leitung der Plattform verabschiedet.

Die künftigen Achsen der Arbeitsgemeinschaft - in 16 Punkte gegliedert - zielen auf die Förderung neuer Spielregeln im Globalisierungsprozess. Spielregeln, die "den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen der Entwicklungsländer entsprechen". Das bedeutet unter anderem, auf die Regulierung der internationalen Finanzmärkte zurückzukommen, für die Anwendung der Tobin-Steuer auf Finanztransaktionen zu kämpfen, einen Richtungswandel in der Weltwirtschaftspolitik herbeizuführen.

Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich zugunsten einer Weltordnung ein, basierend auf Verhandlungen, Vereinbarungen und Lösungen, die das internationale öffentliche Recht respektieren (und nicht auf militärischer Stärke). Daran erinnernd, dass alle Staaten rechtlich gleichwertig sind, plädiert die AG der Hilfswerke für eine Konsolidierung der UNO als Institution "die dieser Gleichheit am nächsten kommt" sowie für eine Demokratisierung der internationalen Finanzinstitutionen.

Die Leitlinien schliessen auch das schwerwiegende ökologische Problem ein: die AG der Hilfswerke fordert die Anwendung der Agenda 21 der Vereinten Nationen, unterstreicht die Wichtigkeit der erneuerbaren Energien, unterstützt die Vereinbarung über die Biodiversität und verteidigt die Idee, dass Wasser ein lebenswichtiges öffentliches Gut ist.

In Bezug auf die Entwicklung, schlägt die Plattform neue Strategien vor, welche die Souveränität der Staaten im wirtschaftlichen Bereich berücksichtigen und deren soziale Funktion verstärken. Die Entwicklung wird "als Prozess der sozialen Konfrontation" betrachtet, die "den Völkern ermöglicht, sich sukzessiv aus Unterdrückung und Armut zu befreien". In diesem Sinn unterstützt die AG der Hilfswerke die schwächsten Entwicklungsländer und bevorzugt "soziale und politische Konstellationen, welche die Interessen der Machtlosen verteidigen."

Sergio Ferrari / Pressedienst UNITE